

[Transcript] Echo der Zeit / Am Sonntagabend herrscht Klarheit über die Zukunft der CS

Radio-SRF Echo der Zeit mit Matthias Gündig.

Die mögliche Übernahme der gestrauchelten Großbank CS durch die UBS dominiert unsere Sendung heute Sonntag, den 19. März.

Seit Freitagabend wird schon verhandelt, doch eine Information durch den Bundesrat ist auf frühestens in einer halben Stunde angesetzt.

Wir schauen uns bis dahin mögliche Szenarien an und welche Konsequenzen dies haben könnte.

Wir reden über die Staatsgarantien, die die UBS offenbar vom Bundesrat fordert.

Wir wollen wissen, weshalb es plötzlich so schnell ging.

Und wir sprechen mit einem Finanzprofessor, der lange in den USA gelehrt hat.

Über das mangelnde Risikobewusstsein der Banken und die Folgen von staatlichen Rettungsaktionen.

Wenn man dem nicht wirklich Grenzen setzt durch eine Regulierung und eben im Prinzip auch durch Maßnahmen, die wehtun, dann wird das wieder passieren.

Sagt Alfred Mettler vom Swiss Finance Institute. Die Mächer der Zeit.

Wie es mit der angeschlagenen Credit-Swiss weitergehen wird, ist also nach wie vor unklar.

Eine Information durch den Bundesrat ist für 19.30 Uhr heute Abend angekündigt.

Danach dürfte Klarheit herrschen. Klarheit darüber, ob die UBS die angeschlagene CS tatsächlich ganz oder teilweise übernehmen wird.

Bis dann heißt es warten. Deshalb fassen wir nochmals zusammen die wichtigsten Ereignisse des Tags, der letzten Tage und Stunden.

Jetzt auf der Redaktorin Lucia Teiler.

Seit Freitag Nacht brodeln die Gerüchteküche so richtig.

Demnach soll die grösste Schweizer Bank die UBS, die Nummer zwei, die Credit-Swiss übernehmen. Dies nachdem der Aktienkurs im Verlauf der Woche auf ein Rekord tief gefallen ist.

Ein Ausdruck der Unsicherheit genährt vom Kollaps zweier US-Banken, die inhaltlich zwar nichts mit der Credit-Swiss zu tun haben,

aber das Misstrauen in den Bankensektor nähren.

Die Schweizerische Nationalbank SNB hatte der Credit-Swiss 50 Milliarden Franken zugesichert.

Das Ziel, die Sparerinnen und Anleger beruhigen, so dass nicht noch mehr Geld von der Credit-Swiss abfließt.

Das könnte die Bank nämlich tatsächlich in den Kollaps treiben.

Darum ist es den Behörden auch wichtig, noch heute vor der Eröffnung der Banken morgen und vor Eröffnung der Börsen zu kommunizieren, wie es mit der CS weitergeht.

Unterdessen forderte Bankpersonalverband, also die Gewerkschaft der Bank Angestellten, eine Taskforce.

Geschäftsführerin Natalia Ferrara sagt, egal was kommt, egal welches Szenario, die Situation ist dramatisch.

Wir sind in eine außerordentliche Situation und es braucht auch eine außerordentliche Vorgehen.

Wir sind der Meinung, ein normales Konsultationsverfahren und ein normales, ein permanentes Sozialplan reicht nicht aus.

Für Investorinnen und Sparer seien klare Worte heute zwar ein wichtiges Signal,

doch für den Bankenplatz Schweiz und die Angestellten sei eine längerfristige Vision wichtig.

Es braucht wirklich im Moment eine Vision, eine Analyse der Situation und eine Lösung,

die die Menschen, die die Mitarbeiter im Mittelpunkt stecken, weil sonst haben wir vielleicht ein

[Transcript] Echo der Zeit / Am Sonntagabend herrscht Klarheit über die Zukunft der CS

Business gerettet,

aber noch nicht die Arbeitsplätze und unsere Finanzplätze Schweiz schlussendlich.

Die Credit Suisse beschäftigt in der Schweiz fast 17.000 Mitarbeitende weltweit sind es mehr als 50.000.

Sie alle, so wie auch die Investorinnen und Bankkundinnen, hoffen auf Klarheit in den nächsten Stunden.

Unterdessen brodeln die Gerüchte weiter.

So berichten Medien nicht nur, dass die UBS die CS übernehme,

sondern dass sie auch eine Milliarde Dollar bezahlen wollte

und die CS dieses Angebot aber zurückgewiesen habe,

denn es wären nur 25 Rappen pro Aktie, noch weniger also als der sowieso tiefe Aktienkurs.

Logia teilen.

Wir vertiefen das Thema im Laufe der Sendung, sprechen über Szenarien und deren Konsequenzen.

Nun aber zunächst zu anderen Nachrichten des Tages mit Yvonne Lambricker.

Und da geht es zuerst um den künftigen Direktor des Gewerbeverbandes, Anchik Schneider.

Dieser sieht sich mit Plagiatvorwürfen konfrontiert.

Schneider soll zwei Professuren vorgetäuscht und seinen Lebenslauf geschönt haben.

Das schreibt die NCZ am Sonntag. Sie stützt die Vorwürfe u.a. auf ein Gutachten eines

österreichischen Plagiatforscher.

Der 45-jährige Ökonom Anchik Schneider dementiert die Vorwürfe in der Zeitung.

Er führe keine akademischen Titel und Interveniere,

wann immer er merke, dass Titel und Funktionsbeschreibungen mit ihm in Verbindung gebracht würden.

Schneider wird im Juli die Nachfolge als Gewerbeverbandstirektor antreten.

Er folgt auf Hans Ulrich Bigler.

Wie wichtig und notwendig ist der Taktfahrplan auf dem Schweizer Schienennetz am Wochenende?

Diese Frage stellt sich die SBB.

Das sagt der SBB-Verwaltungsratspräsidentin Monika Ribar heute in einem Interview mit der Sonntagszeitung.

Eine Änderung der Konzession habe die SBB aber noch nicht beantragt.

Eine andere Möglichkeit sei, am Wochenende außerhalb des Taktfahrplans Züge für Touristinnen und Touristen anzubieten.

Saudi-Arabien und Iran wollen direkten Kontakt aufnehmen.

Der saudische König Salman Ibn Abdel Aziz hat den iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi zu einem Besuch nach Riyadh eingeladen.

Das twitterte das saudische Presidialamt.

Die beiden Länder haben ihre Beziehung vor sieben Jahren abgebrochen.

Anfang März wurde bereits ein Außenministertreffen der rivalisierenden Länder beschlossen.

Nach seinem Besuch auf der ukrainischen Halbinsel Krim hat der russische Präsident Vladimir Putin die ukrainische Hafenstadt Mariupol besucht.

Es ist das erste Mal seit Beginn des russischen Angriffskriegs vor gut einem Jahr, dass Putin von Russland besetzte Gebiete in der Ukraine besucht hat.

Laut russischen Medienberichten hat Putin eine Rundfahrt durch die Stadt Mariupol gemacht, sich dabei über die Lage informiert und sich mit Bewohnerinnen und Bewohnern unterhalten.

[Transcript] Echo der Zeit / Am Sonntagabend herrscht Klarheit über die Zukunft der CS

Am Freitag hat er der Internationale Strafgerichtshof in den Hague einen Haftbefehl wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen gegen den russischen Präsidenten erlassen.

Zum Sport. Der Weltgöppfinal im Skialpin endet mit einem Schweizer Sieg. Serena Degen. Ramon Zenhäusern gewinnt den Soldeeu in Andorra, den Slalom und feiert den zweiten Saisonsieg in dieser Disziplin.

Zweiter wird Lukas Broten, der Norweger sichert sich damit die kleine Kugel in der Disziplinenwertung

und dritter wird mit Henrik Christopherson auch ein Norweger.

Auf Rang 4, so gut wie noch nie im Weltcup, glasiert sich Marc Roscha.

Bei den Frauen entscheidet Michaela Schiffrin den Riesenslalom für sich.

Es ist dies ihr 14. Saisonsieg und der 88. Weltcup-Sieg insgesamt.

Lara Gut-Berami wird im letzten Rennen der Saison vierte.

Damit sichert sich die Tessinerin den zweiten Rang in der Disziplinenwertung.

Und auch im Beatlon gibt es eine Schweizer Erfolgsmeldung.

Niklas Hartweg beendet in Oslo die Saison mit einem zweiten Rang im Massenstartrennen.

Für Hartweg ist es der zweite Podestplatz bei der Elite.

Es bleibt noch der Blick zum Himmel. Was erwartet uns da? Wettermäßig.

In der Nacht gehen einzelne Schauer nieder. Morgen ist es im Süden sonnig.

Im Norden wird es erst gegen Nachmittag aus Westen sonniger.

Die Temperatur erreicht 14 bis 17 Grad.

Sie hören das Echo der Zeit auf Radio SRF.

Wir sprechen gleich über mögliche Szenarien.

Welche Folgen hätte eine Übernahme der CS durch die UBS?

Was, wenn es keine Lösung gibt?

Und was bedeuten die Vorgänge eigentlich für die Bankkundinnen und Kunden?

Dann auch der Blick auf den Bundesrat.

Warum hat er tagelang geschwiegen?

Welche politischen Risiken geht da ein, wenn der Staat nun wieder mithelft, eine strauchende Großbank zu retten?

Und warum ist auch 15 Jahre nach der letzten Finanzkrise

das Risikomanagement von Banken derart ungenügend?

Dazu das Gespräch mit dem Finanzprofessor Alfred Mettler am Schluss.

Diese Sächer der Zeit.

Noch am Mittwochmorgen sagte CS-Verwaltungsratspräsident Axel Lehmann, man sei nicht auf die Hilfe der Nationalbank angewiesen.

Aber schon am Abend musste er die Liquiditätsspritze der SNB von 50 Milliarden akzeptieren.

Seit dem Wochenende laufen nun die Verhandlungen

über eine Übernahme durch die UBS.

Und da stellt sich die Frage, was ist da passiert?

Darüber spreche ich jetzt mit Wirtschaftsredaktor Jan Baumann.

Er ist hier bei mir im Studio.

Jan Baumann, die Medienkonferenz des Bundesrates, ist auf 19.30 Uhr angesagt.

Was dort genau gesagt wird, wissen wir natürlich noch nicht.

Ist denn noch schon etwas bekannt?

Ja, immerhin, wir wissen, die Übernahme kommt zustande.

Sonst gäbe es heute Abend diese Medienkonferenz nicht.

Die UBS-Details durchgesichert über das Ergebnis der Verhandlungen, über die Medien ebenfalls. Demnach ist die UBS nun bereit, 2 Milliarden Franken für die CS zu bezahlen.

Das wären rund 50 Rappen pro Aktie.

Auch heißt es die Nationalbank stelle 100 Milliarden Franken extra Liquidität bereit, um die UBS zu unterstützen und zusätzlich Vertrauen zu schaffen.

Was sind denn nun die größten Risiken dieser Übernahme, die sich nun abzeichnen?

Die UBS geht allerhand Risiken ein mit dieser Transaktion.

Das größte Problem dürfte sein, die CS in die bestehende UBS-Bank zu integrieren, also diese Übernahme praktisch umzusetzen.

Damit wird die UBS über Jahre beschäftigt sein, das lenkt vom Tagesgeschäft ab.

Das ist auch so ein prozedurales Risiko der Bank.

Bei jeder Übernahme ist das so.

Außerdem weißt die UBS nicht, welche finanziellen Risiken bei der CS noch schlummern, etwa mit Blick auf hängige oder kommende Rechtsstreitigkeiten.

Solche Rechtsstreitigkeiten, Rechtsrisiken, die können ins Geld gehen und Milliarden kosten.

Ein weiteres Risiko, respektive eine offene Frage ist, was sagen die Aktionärinnen und Aktionäre der UBS?

Stimmen Sie der Übernahme zu, wenn auch nur nachträglich.

Sprechen Sie dem UBS-Verwaltungsrat das Vertrauen aus an der nächsten Generalversammlung oder machen Sie der UBS-Führung Vorwürfe, weil diese die Interessen der UBS-Eigner nicht an erster Stelle gestellt hat.

Alles heikle Fragen.

Und noch etwas, niemand weiß, was genau Montag morgens passiert, also wie sich die internationale Kundschaft verhält, wie Sie nun aufhören, Geld von der CS abzuziehen, werden diese Kundenabflüsse aufhören.

Das ist eine wichtige Frage und erklärt wahrscheinlich auch, warum jetzt dem Vernehmen nach die Nationalbank noch einmal mit 100 Milliarden Liquidität helfen will.

Diese Übernahme, wie sie sich nun abzeichnet, scheint ja nicht wirklich ein ideales Szenario zu sein.

Heißt das letztlich, dass man sich vermutlich am Schluss auf die noch beste von allen schlechten Optionen gereinigt hat?

Ja, ich denke, das ist genau so.

Die Chance, dass sich die Credit Suisse im Alleingang wieder aufrappelt, ist verspielt, nachdem die Geldspritze der Nationalbank von 50 Milliarden letzte Woche nicht, wie gewünscht, das Vertrauen zurückgebracht hat.

Nun geht es nur noch darum, das kleinere übel zu wählen, zumindest aus Sicht der CS.

Offenbar kauft nun die UBS die CS für 2 Milliarden.

Gibt es denn auch Vorteile für die UBS neben all diesen heiklen und gelösten Problemen?

Ja, es ist zumindest denkbar, dass es Vorteile gibt.

So kann sich die UBS als Retterin in der Not nun in Szene setzen

und beweisen, dass sie stark ist, dass sie als Fels in der Brandung dasteht, wenn sie geschickt und überzeugend kommuniziert.

Und sie bekommt einzelne Geschäftseinheiten der CS, die durchaus interessant und wertvoll sein könnten, auch finanziell, geschäftlich. Stellen Sie sich vor, die UBS würde der CS die kalte Schulter zeigen und sie fallen lassen.

Das ist zwar jetzt nicht passiert, aber stellen Sie sich vor, das wäre so gewesen.

Das hätte einen Beben auf dem Finanzplatz ausgelöst.

Das hätte dann auch die UBS zu spüren bekommen.

Und das heißt, wenn sie jetzt mitmacht bei der Rettung, kann sie größeren Schaden eben abwenden.

Und das ist ja nicht nichts, also auch ein wesentlicher Vorteil.

Die haben jetzt vor allem über die Bank und die Bankleitung gesprochen.

Aber was könnte eine Übernahme für Kundinnen und Kunden der CS und der UBS bedeuten?

Ja, ich denke morgen gehen die Geschäfte beide Banken zunächst wie gewohnt weiter.

Im Alltag werden wohl viele Kundinnen und Kunden gar nichts, oder nur wenig merken von dem Geschehen.

Die Schalter sind dann weiter offen, die Online-Bank funktioniert, die App funktioniert.

Allerdings sehr vermögende internationale Kundinnen und Kunden, beide Großbanken, die werden sich wahrscheinlich schon überlegen und genau schauen, finden Sie das so gut, was da auf dem Schweizer Finanzplatz passiert?

Dieses ganze Drama um die Credit Suisse, das wirft ja schon grundsätzliche Fragen auch auf über die Stabilität des Swiss Banking, über quasi den Ruf des Swiss Banking.

Das ist wohl auch eben der Grund, warum jetzt eine rasche einigermaßen überzeugende Lösung auf den Tisch muss und auf den Tisch kommt.

Damit sind wir wieder beim ganz am Anfang.

Der Kern ist ja eigentlich, kann das Vertrauen auf den Finanzplatz Schweiz oder in den Finanzplatz Schweiz international wiederhergestellt werden.

Also auch wenn wir noch nicht alles wissen, aber man kann sicher schon sagen, der heutige Tag ist für den Schweizer Bankenplatz kein guter Tag.

Vielen Dank für diese Einschätzung.

Das war Jan Baumann von der Wirtschaftsredaktion.

Nun schauen wir uns die politische Seite der CS-Rettungsverhandlungen an.

Der Bundesrat hat sich bereits am Freitag dazu getroffen

und das ganze Wochenende über ist nun intensiv verhandelt worden.

Kommuniziert wird der Bundesrat aber erst um halb acht frühestens, gleich nach dieser Sendung.

Frage deshalb am Bundeshausredaktor Philipp Borkat.

Was steckt eigentlich hinter dieser Kommunikation

oder man müsste vielleicht sagen nicht Kommunikationsstrategie der Landesregierung?

Wenn wir jetzt zurückschauen, nach einem Mittwochabend

hatte die Schweizer Nationalbank festgestellt,

die Kredite füllen alle gesetzlichen Anforderungen an Kapital und Liquidität

und sie hat, wie es erwähnt wurde, diese 50 Milliarden Franken-Unterstützung

in Aussicht gestellt.

Das muss ich dir noch vorstellen, das sind 50.000 Millionen Franken.

Das gab Hoffnung, dass das wieder Vertrauen herstellen würde in die CS.

Der Bundesrat wollte offenbar seinerseits vermeiden, dass eine Kommunikation von seiner Seite da wieder Zweifel wecken würde an dieser Stabilität.

Nun, wir wissen, was dann geschehen ist.

Ab Donnerstag sind weitere Milliarden von der Bank abgezogen worden und im Nachhinein ist die Frage schon angebracht

und werden wir sicher den Bundesrat in wenigen Minuten auch stellen,

ob er nicht gescheitert mit einem Signal,

dass er die ECS stützen würde in diesen entscheidenden Tagen,

diese Abwärtsspirale nicht hätte stoppen

oder zumindest verlangsamen können.

Die U-Base möchte ja ganz offenbar staatliche Garantien

bei einer Übernahme, wir haben es von Jan Baumann gehört,

inwiefern kann die Schweizer Regierung diesem Wunsch entsprechen?

Wie die Kredis wissen, ist auch die U-Base eine sogenannte Systemrelevante Bank.

Die Bank ist too big to fail, wie es im Fachjargon heißt.

Das bedeutet, sie ist so groß und so wichtig für das Funktionieren

einer Volkswirtschaft, dass sie nicht fallen gelassen werden kann.

Sie hat also faktisch eine Staatsgarantie

und deshalb hat man ja nach der Finanzkrise 2008 auch höhere Anforderungen an solche too big to fail Banken formuliert,

um möglichst zu verhindern, dass es Staatshilfe braucht.

Also um Ihre Frage konkret zu beantworten.

Ja, der Bundesrat kann Staatshilfe leisten

an solche Systemrelevanten Banken, indem er zu Notrecht greift.

Die Bundesverfassung und ein spezielles Gesetz

erlauben ihm sofort solche Verfügungen zu erlassen,

wenn die Wahrung der Interessen des Landes erfordert.

Aber eigentlich hätte es nicht so weit kommen sollen.

Die too big to fail Maßnahmen hatten ja genau das Ziel,

diese Situation zu verhindern

und die Diskussion wird sicher geführt werden,

ob diese Maßnahmen eigentlich tauglich sind.

Es hätte eigentlich nicht so weit kommen können, sagen Sie,

aber hat der Bundesrat jetzt überhaupt eine andere Wahl?

Nein, ich glaube nicht, die Alternative wäre,

wie es Kollege Jan Baumann gesagt hat,

die Abwicklung der Credit Suisse gewesen mit all den verheerenden Folgen,

die so etwas hätte, insofern ist der Druck auf den Bundesrat

hier eine Lösung zu finden, natürlich riesengroß gewesen.

Und der Bundesrat hat es auch selber formuliert,

2011 in seiner Botschaft zu dieser too big to fail Vorlage,
ich zitiere, der Staat kann und wird ein Institut
im Krisenfall nicht untergehen lassen,
wenn die Weiterführung systemrelevante Funktionen nicht gesichert ist.
Aber jetzt sind wir natürlich gespannt,
wie das konkret am Passieren wird in 23 Minuten werden.
Und welche politischen Risiken geht eigentlich der Bundesrat ein,
wenn der Staat nun wieder einer Großbank aus der Patsche hilft?
Wenn er jetzt schon wieder zu Notrecht greifen muss
und davon gehe ich aus, dann kommt das wirklich
im politischen Erdbeben gleich, das Folgen haben wird.
Man wird sich in der Politik viele Fragen stellen,
müssen die Anforderungen an Banken noch einmal erhöht werden.
Welche Rolle hat die Finanzmarktaufsicht,
Finnmark gespielt, funktioniert die überhaupt?
Hat sie der CS genügend auf die Finger geschaut,
in den letzten Monaten, Wochen oder Tagen?
Also Staatshilfe für eine Großbank,
das hätte garantiert ein größeres politisches Nachspiel umso mehr
als noch vor zwei, drei Tagen,
dass niemand erwartet hätte, dass es zu dieser Situation kommt,
auch Experten nicht.
Und das ist ja zu allem hinzu noch ein Wahljahr dieses Jahr.
Genau.
Die Schuldzuweisungen haben bereits begonnen
und es werden diverse Forderungen gestellt.
Ein Boniverbot für Banken zum Beispiel
oder eine Stärkung der Finanzmarktaufsicht Finnmark.
Welche politischen Debatten sind in den nächsten Tagen
und Wochen zu erwarten?
Zumindest bei der Forderung nach Beschränkungen,
bei Bonidarend, die Politik weit offene Türen ein,
im Fall der UBS.
Im Bankengesetz gibt es nämlich einen Artikel,
den hat man im Rahmen dieser Tubik zu Fehl Maßnahmen damals eingeführt.
Und dir besagt, wenn der Bund
einer systemrelevanten Bank direkt oder indirekt Bundesmittel gewährt,
dann muss er Maßnahmen im Bereich der Boni beschließen,
solange diese Staatshilfe andauert.
Das ist also nicht eine Frage, ob man da Boni beschränken möchte
oder nicht, es ist sogar eine Bedingung für Staatshilfe.
Das muss man sich in der UBS-Chefetage sicher bewusst gewesen sein.
Und ich gehe auch davon aus, dass der Bund hat,
dass so sagen wird, wenn er tatsächlich

in wenigen Minuten Staatshilfe bekannt gehen wird.
Vielen Dank für diese Einschätzung.
Das war Philipp Borkat im Bundeshaus.
Die vergangenen gut zehn Tage haben die Finanzwelt gehörig durchgeschüttelt.
Erst mussten in den USA die zuständigen Behörden
zwei Banken vor dem Kollaps bewahren.
Die Bankenaktien tauchten in der Folge weltweit.
Die CS musste die Nationalbank um Hilfs Garantien ersuchen.
Eine weitere US-Bank muss der gleichen Tag von anderen Banken gerettet werden.
Und seit gestern verhandeln nun UBS und CS
über eine Übernahme, um Schaden vom globalen Finanzsystem abzuwenden.
Natürlich werden da Erinnerungen an die Finanzkrise von 2008 wach.
Auch bei Alfred Metler vom Swiss Finance Institute.
Er hat über 20 Jahre lang als Finanzprofessor an US-Universitäten gelehrt
und die letzte Finanzkrise in den USA hautnah miterlebt.
Von außen betrachtet ist alles ungemein schnell abgelaufen.
Vor zwei Wochen schien alles Bestens zu sein.
Dann ist das Vertrauen plötzlich weg und die Domino-Steine beginnt zu fallen.
Ich habe Alfred Metler zunächst gefragt,
ob es eigentlich wirklich keine Warnsignale oder hat man die einfach ignoriert?
Ich glaube, man muss immer unterscheiden, was im Nachhinein ist und was voraus ist.
Im Nachhinein sieht man immer so viele Warnsignale.
Man könnte es ganz einfach sagen, der Aktienkurs der CS,
der Sprache schon seit Monaten, Bände.
Und die Bank, die liefert ja wirklich mit penetranter Regelmäßigkeit
negative Schlagzeilen wieder und wieder.
Das ist eigentlich schon ein klares Indiz, dass es nicht nach oben geht, sondern eben nach unten.
Aber auch dort, ich denke, hätte es nicht mit dieser seligen Valleybank
und dann den anderen Banken diesen zusätzlichen Auslöser gegeben,
dann würde ich mal sagen, hätte das Feuer da unterschwählig mal etwas weitergemodert
und vielleicht hätte man das noch in den Griff bekommen können.
Aber ein solcher Auslöser, das ist eben wie ein sehr starker Push
und den sah man so sicher nicht kommen.
Aber aus Sicht der Banken muss man doch auch sagen,
man kann doch, wenn man keinen Regenschirme mitnimmt,
weil monatelang die Sonne geschehen hat,
dann darf man sich doch beim ersten Gewitter nicht bei Petrus beklagen, wenn man nass wird.
Ja, das ist absolut so.
Es muss man natürlich auch sehen, als Bank ist man doch sehr ertragsorientiert
und bonusorientiert, ob man das jetzt gut findet oder nicht.
Das ist einfach so, als Bank geht man so weit wie man darf
und wenn es einem erlaubt wird, eben mehr Risiken zu nehmen,
weil die Regulierung beispielsweise zurückgefahren wird wie in den USA,
dann macht man das natürlich.

Und wenn man dann eben jetzt, um bei ihrem Beispiel zu bleiben, wenn eben die Sonne lange scheint, dann ist es nicht mehr so weit weg, dass man in den Banken im Wirken sieht, man braucht gar keinen Schirm mehr. Das ist einfach so etwas, das haben wir jetzt gesehen nicht, das passiert auf irgendeine Art wie von selbst.

Wenn man dem nicht wirklich Grenzen setzt durch eine Regulierung und eben im Prinzip auch durch Maßnahmen, die wehtun, dann wird das wieder passieren. Die Silicon Valley Bank, die hatte letztes Jahr während neun Monaten keinen Chief Risk-Office und wurde schon vorher auf Mangel im Risk Management aufmerksam gemacht und auch die CS wurde ja in den letzten Tagen gerügt, dass Risikomanagement sei ungenügend.

Sind das nun Einzelfälle oder fehlt es bei den Banken ganz grundsätzlich am nötigen Risikobewusstsein?

Ja, nicht Banken selber, die haben gar keinen Risikobewusstsein, das sind einfach Institutionen.

Es sind die Leute, das ist das Management der Banken, das da zuständig ist.

Und ich glaube beim Management der Banken ist es wirklich so, dass das Risikobewusstsein dann hoch ist, wenn irgendetwas Trastisches passiert. Nachher wird das bereinigt, dann gibt es zeitliche Distanz.

Man vergisst es, kommt eine nächste Generation, die eigentlich das Risikobewusstsein nicht mehr hat und dann wird man optimistisch.

Dann versucht man die Regulierung entweder auszureizen oder sogar eben mit politischen Mitteln schwächer zu machen und dann beginnt dieses Spiel wieder von vor.

Und eine Krise heißt nicht, wenn man die löst, dass es nachher keine andere gibt.

Es ist dann vielleicht halt leicht anders, aber es ist fast so sicher wie das Amen in der Kirche, dass eine nächste Bankenkrise immer nach einer gewissen Zeit kommt.

Hat das ungenügend Risikobewusstsein der Banken auch damit zu tun, dass wegen staatlichen Rettungsaktionen in den letzten Jahren und Jahrzehnten man sich bei den Banken längst daran gewöhnt hat, dass ihnen letztlich immer der Staat aus der Patsche hilft, dass er eine faktische Staatsgarantie besteht?

Ich glaube, das hat so wirklich begonnen, als Idee zu greifen, als fing ich an, noch zu Zeiten von Allen Greenspan als Ehrenaufchef, das amerikanischen Federal Reserve war.

Da hat man auch immer gesagt, es gibt ein Greenspan Put. Das heißt, man lässt es nicht so, dass die Aktienmärkte zu tief fallen, man wird da intervenieren.

Und ich denke, man wollte eigentlich in der Finanzkrise

mit dem Untergang von Lehman ein Exempel statuieren,
dass es eben nicht so ist, wie wir das gerade gesagt haben,
dass sich Banken nicht einfach darauf verlassen können,
dass sie gerettet werden.
Und ich glaube, was mit Lehman dann passiert ist,
dass dieses Chaos und diese Verwerfungen,
die der Konkurs von Lehman ausgelöst hat,
das hat im Prinzip das Gegenteil kreierte
und die Angst eben, dass nochmals so etwas passieren könnte.
Und dass man eine Bank, vor allem je vernetzter sie ist,
je systemrelevanter sie ist, sie eben eigentlich
auf keinen Fall untergehen lassen sollte,
das ist heute so etwas zum Standard geworden.
Und die Banken auf der anderen Seite,
die wissen das natürlich auch.
Und genau deshalb ist es eben im Prinzip so,
dass die Banken eigentlich wissen,
wenn ich Risiken eingehe, wenn es gut geht, profitiere ich
und wenn es schlecht geht,
dann werden diese Kosten sozialisiert,
die muss dann der Steuerzahler und die Gesellschaft übernehmen.
Jetzt finden Wiederrettungsaktionen statt in den USA,
aber auch jetzt in der Schweiz aktuell,
müssten die Banken denn künftig nicht einen Preis zahlen
für die faktische Staatsgarantie?
Eigentlich dachte man ja,
dass eben dieser Preis über die Bankenregulierung durchgesetzt wird.
Das heißt, je mehr Risiken eine Bank eingeht,
umso höhere Eigenmittel muss sie haben,
Eigenmittel sind teuer.
Das heißt, das würde dann automatisch eben den Gewinn schmälern.
So war die Idee und so war auch die Umsetzung dann
eben nach der Finanzkrise angesattelt.
Jetzt verschärfen wir diese Regulierung
damit eben das nicht mehr so passieren kann.
Unterdessen sehen wir aus den gesagten Gründen,
das reicht so nicht.
Und ich denke, diese Diskussion, die man da angestoßen hat,
dass eigentlich ein solcher Schutz etwas kostet,
das ist etwas, das wichtig ist,
das man jetzt diskutieren muss.
Klar ist, wer diese Risiken eingeht,
muss etwas dafür bezahlen.
Das war Alfred Mettler.

[Transcript] Echo der Zeit / Am Sonntagabend herrscht Klarheit über die Zukunft der CS

Er hat mehr als 20 Jahre als Finanzprofessor an Universitäten in den USA gelehrt. Heute ist er für das Swiss Banking-Institut tätig. Wir beschließen hier die Berichterstattung über die Zukunft der CS für den Moment. In wenigen Momenten sollte die geplante Medienkonferenz des Bundesrates stattfinden. Radio SRF 4 News überträgt diese live und über die weitere Entwicklung im Fall CS und UBS informieren wir sie stündlich in den Nachrichten und jederzeit auf der SRF News App. Nun aber noch der Blick voraus auf die kommende Echode-Zeitwoche. Chinas Präsident Xi Jinping reist nach Moskau nächste Woche und trifft dort den russischen Präsidenten Putin. Das Thema der beiden der Ukraine-Krieg. Danach will sie auch mit dem ukrainischen Präsidenten Zelenski per Video konferieren. Was steckt hinter der Initiative Chinas? Wir reden mit China-Expertinnen und Experten. Und Ende Woche findet in Bern die erste behinderten Session statt. Pro Infirmis möchte, dass Menschen mit Behinderung mehr Volksrecht erhalten. In Genf ist das schon der Fall. Wir zeigen deshalb, welche Erfahrungen man dort gesammelt hat. Das war das Echode-Zeit am Sonntag den 19. März mit Redaktionsschluss um 19.28 Uhr. Verantwortlich für die Sendung ist Anathrexl für die Nachrichten Karin Britsch. Mein Name Matthias Kündig. Das war ein Podcast von SRF.